

Eltern, LehrerInnen und SozialdemokratInnen

gemeinsam mit:



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Bezirksverband Frankfurt am Main

elternbund hessen e.v.
mitdenken · mitwirken · mitentscheiden



laden ein zur
Veranstaltung

**Kein Kind darf zurückgelassen werden.
Für das Recht auf wohnortnahe Unterrichtsversorgung
mit Gemeinsamen Unterricht !**

Montag, 15. Dezember 2008

18:00 – 21:00 Uhr

Bürgerhaus Dornbusch, Saal

Eschersheimer Landstraße 248 (U-Bahn-Station Dornbusch)

**Eltern, Lehrer, Schulleiter, Schüler diskutieren
mit den Landtagsabgeordneten und Mitgliedern
im Kulturausschuss des Hessischen Landtags**

Christoph Degen (Sonderpädagoge) und

Turgut Yüksel (integrationspolitischer Sprecher)

Hintergrund: Eltern, LehrerInnen, SchulleiterInnen, Angehörige des Gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht-behinderten Kindern haben sich gemeinsam mit SozialdemokratInnen am 16. September 2008 versammelt, um die gemeinsamen Forderungen für das Recht auf eine wohnortnahe Versorgung zu diskutieren. Dabei war man sich einig, einen Beitrag zu leisten, eine neue gemeinsame Bewegung für den Gemeinsamen Unterricht als Regelangebot zu initiieren.

Forderungen: Grundlage war insbesondere die Forderung, dass eine SPD-geführte Hessische Landesregierung endlich die Sicherung und Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichts von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf (GU) in der allgemeinen Schule ermöglichen muss. Dafür muss sie insbesondere:

1. die Doppelbesetzung (RegellehrerIn plus FörderlehrerIn) bei pädagogischer Notwendigkeit bis zur gesamten Wochenunterrichtszeit gewährleisten,
2. die Einstellung von FörderlehrerInnen an den Schulen mit GU – statt einer Abordnung durch Förderzentren - wieder herstellen,
3. die Zuweisung der Förderlehrerstellen für den GU an die Staatlichen Schulämter dem gegenwärtigen und zukünftigen Bedarf der Eltern anpassen und
4. Sorge dafür tragen, dass gegen den Willen von Schulgemeinden aufgelöste GU-Züge wieder eingerichtet werden, der Bestand von Modellen gelungener Integration garantiert und eine Ausweitung des wohnortnahen GU-Angebots gemäß dem Elternwillen ermöglicht wird.

Die Forderungen wurden weiter konkretisiert und ergänzt (siehe Info des Arbeitskreises Unterrichtsversorgung Nr. 2). Sie sollen nun politisch durchgesetzt werden. Weitere Forderungen wurden in der „Frankfurter Erklärung zum GU“ der IGS Nordend formuliert.

Wie sie politisch durchgesetzt werden können, dazu wollen wir, die Betroffenen und Organisationen, die im GU arbeiten und sich für den GU einsetzen, gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten diskutieren.